

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 291-2019
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2019.RRGR.362

Eingereicht am: 28.11.2019

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: SP-JUSO-PSA (Stucki, Bern) (Sprecher/in)
Sancar (Bern, Grüne)
SP-JUSO-PSA (Striffeler-Mürset, Münsingen)

Weitere Unterschriften: 18

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Staatskanzlei
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Ein «Haus der anderen Schweiz»: Ein Ort der Geschichte für Zwangsversorgte

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. gemeinsam mit anderen Gemeinden und Institutionen eine Trägerschaft aufzubauen, um ein «Haus der anderen Schweiz» zu gründen und aufzubauen, mit dem Ziel, das Thema Zwangsversorgung, die Gegenwart und Zukunft des Rechts- und Sozialstaates in Vorträgen, Ausstellungen und Podiumsdiskussionen zu thematisieren
2. gemeinsam mit der Stadt Bern eine geeignete Liegenschaft zu suchen, wo das «Haus der anderen Schweiz», ein Carl-Albert-Loosli-Haus, aufgebaut werden kann.

Begründung:

Ein Bericht der unabhängigen Expertenkommission (UEK) der administrativ Versorgten wurde am 2. September 2019 an Bundesrätin Karin Keller-Sutter übergeben.

Darin wird festgehalten, dass durch fürsorgliche Zwangsmassnahmen im 20. Jahrhundert «mindestens» 60 000 Personen in rund 650 Institutionen jeweils für unbestimmte Zeit administrativ versorgt worden sind. Der Bericht macht deutlich, dass dies einer systematischen Aktion durch das damalige Rechtssystem gleichkommt, das nach damaligen moralischen Vorstellungen

wertete. Unter den Betroffenen der Zwangsversorgung befanden sich auch viele Fahrende: Jenische, Sinti und Roma. Mit der Aktion «Kinder der Landstrasse» ist auch ihnen und ihren Familien Unrecht widerfahren.

Die UEK gibt in ihrem Bericht Empfehlungen ab, die sie unter das Motto «(...) die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen (...)» aus der Präambel der Bundesverfassung stellt. Sie schlägt die Gründung eines «Haus der anderen Schweiz» mit Standort in der Bundesstadt vor. Es soll ein Kompetenzzentrum entstehen, in dem Ausstellungen, Vorträge und Podiumsdiskussionen stattfinden sowie Debatten über Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Rechts- und Sozialstaats ausgelöst und Betroffene – so lange möglich – miteinbezogen werden.

Carl Albert Loosli hat sich schon früh zu den rechtsstaatlichen Auswüchsen der Zwangsversorgung geäußert und den Betroffenen eine Stimme gegeben. Der «Philosoph von Bümpliz» – wie er auch genannt wurde – engagierte sich im Kampf gegen Anstalten und das Verdingkinderwesen und für ein humanes Jugendrecht.

Verteiler

- Grosser Rat